

Gladbacher Nachrichten

Zeitung für Umweltpolitik und Nachhaltigkeit

Rathaus der Zukunft - Bezirksregierung gibt grünes Licht: Stadtverwaltung darf vorerst in Container umziehen

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat Oberbürgermeister Hand Wilhelm Reiners nun auf ein Schreiben geantwortet, in dem die marode Situation städtischer Verwaltungsgebäude mit drastischen Bildern beschrieben worden war und ein Sonderkredit über 200 Mio. Euro für das "Rathaus der Zukunft" beantragt wurde. Unserer Redaktion liegt dieses Schreiben vor:

Sehr geehrte Herr Oberbürgermeister, zunächst möchten wir Ihnen mitteilen, dass uns die von Ihnen eindrucksvoll dargelegte Situation ihrer Verwaltungsgebäude beeindruckt, ja erschüttert hat. Damit haben wir nicht gerechnet. Wie konnte das geschehen? Wir kennen zwar die Situation, wie unsere KollegInnen z. T. in unseren Nachbarländern untergebracht sind. Oft Jahrhunderte alte, denkmalgeschützte Gebäude - die allerdings nur selten einstürzen.

Aber nicht so wie in Mönchengladbach! So kann keine moderne Verwaltung arbeiten, zumindest keine deutsche. Angesichts der Bilder glauben wir Ihnen gerne, dass hier ein Sanierungsbedarf von rund 100 Mio. Euro anliegt.

Als Sofortmaßnahme bieten wir Ihnen an, die marodesten Teile der Verwaltung vorerst in den Flüchtlingscontainern im Nordpark unterzubringen. Diese stehen zur Zeit leer, sind mit Heizung, Strom und Internet ausgerüstet und sofort beziehbar.

Nun zu Ihrem gewünschten Sonderkredit. Zunächst sind wir beruhigt, dass Sie das geplante neue Verwaltungsgebäude „Rathaus der Zukunft“ nennen, denn ein „Rathaus der Vergangenheit“ wäre keinesfalls kreditwürdig gewesen. Allerdings erscheint uns der Investitionsbedarf von rund 170 Mio. Euro etwas niedrig geschätzt.



Oben: Mit überaus überzeugenden Bildern hat der Baudezernent der Öffentlichkeit und der Bezirksregierung klar gemacht: „So können meine MitarbeiterInnen nicht arbeiten. Es muss etwas geschehen. Nichtstun ist keine Option.“ Recht hat er.

Rechts: Vorstellung des geplanten Rathausneubaus am 30.1.2020 durch den Baudezernenten Gregor Bonin (CDU)



Wir erinnern daran, dass z.B. die Baukosten der Elbphilharmonie in Hamburg, ursprünglich mit 77 Millionen Euro angesetzt, am Ende mit rund 866 Millionen Euro etwas mehr als das 11-fache betragen. Eine solche Summe könnte die Stadt wohl niemals zurückzahlen, obgleich das Zinsniveau momentan recht günstig ist, aber wahrscheinlich auch nicht so bleibt.

Wir machen auch darauf aufmerksam, dass das beantragte Kreditvolumen den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt in Zukunft noch weiter einschränken wird, insbesondere auch bei den freiwilligen Leistungen, etwa im Sozial- und Kulturbereich. Außerdem entstehen den Kommunen zukünftig weitere Kosten im Zuge der Mobilitäts- und Klimaanpassungen, von den sich abzeichnenden Kosten im Zuge der

Corona-Pandemie ganz zu schweigen. Das sollten Sie berücksichtigen.

Da also letztlich von unserer Seite noch Klärungsbedarf besteht, sowohl über die unbedingt erforderlichen Sanierungen als auch über die unbedingt notwendigen Neubaukosten, möchten wir Ihnen vorerst die angebotene Zwischenlösung anbieten. Wir möchten Sie aber vorsorglich darauf hinweisen, dass diese evtl. noch gebraucht werden. Gehen Sie also bitte pfleglich damit um.

Wir hoffen, wir konnten Ihnen vorläufig weiterhelfen und verbleiben

mit Hochachtung

Ihre Bezirksregierung